



**Analyse, Argumente, Hinweise
für deine Regionalkonferenz/Mitgliederversammlung**

1. Versprochen – gebrochen?

**Der Bundesparteitag hatte Verbesserungen als Bedingung für einen
Mitgliederentscheid gemacht. Hier die Umsetzung:**

a) Versprochen: Ende der Zwei-Klassenmedizin

Was kommt: KEINE Bürgerversicherung und eine Kommission, die über Ärztehonorare berät. Keine feste Zusage, ob es hier zu Änderungen kommt. Die Union ist weiterhin entschieden dagegen.

b) Versprochen: Familiennachzug

Was kommt: Eine willkürliche Familiennachzugsobergrenze von 1000 Personen. Wahlkampfhilfe für die CSU und kein Wort darüber wie man diese 1000 Menschen aussucht.

c) Versprochen: Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

Was kommt: KEINE Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Die Koalitionspartner bekräftigen dafür einen ‚guten Willen‘ und kleine Einschränkungen. Kontrollen sind nicht vorgesehen.

2. Weitere wichtige Themen für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen

1. Wohnen:

Versprochen: Massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und eine wesentliche Verschärfung der Mietpreisbremse, wesentliche Reduzierung der Modernisierungsumlage.

Was kommt: Keine Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau sondern NUR eine Fortführung der aktuellen Förderung in 2020 und 2021. Keine wesentliche Verschärfung der Mietpreisbremse, sondern nur eine Veröffentlichungspflicht des Vermieters über die vorherige Miete.

Was wäre notwendig gewesen: Massive Erhöhungen der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Eine Ausweitung der Mietpreisbremse auf Neubauten und Sanierungen. Wesentlich stärkere Kappung der Modernisierungsumlage (mögliche Mieterhöhung nach Sanierung).

2. Kinder/KiTa:

Versprochen: Abschaffung der KiTabeiträge, Verbesserung der Qualität von Kinderbetreuung und Bekämpfung der Kinderarmut.

Was kommt: 3,5 Milliarden für Absenkung der Gebühren aufgeteilt auf 4 Jahre (875 Millionen pro Jahr) und die Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro. Im Gegenzug laufen übrigens die Mittel aus dem - für rechtswidrig erklärten - Betreuungsgeld (2015: 900 Millionen pro Jahr) aus. Selbst die Mittel für die KiTas sind also nicht zusätzlich, sondern bedeuten NUR eine Fortführung der bisherigen Förderung.

Was wäre notwendig gewesen: 4,4 Milliarden jährlich um KiTa-Beiträge abzuschaffen und eine ähnliche Summe zur Qualitätsverbesserung. Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Kinderarmut.

3. Kommunen

Versprochen: Verbesserung der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden aufgrund der hohen Schuldenlast und den hohen Sozialkosten.

Was kommt: Eine Kommission soll Vorschläge erarbeiten und diskutieren. Keine festen Zusagen.

Was wäre notwendig gewesen: Ein Fond mit dem der Bund einen Teil der Schulden der Städte und Gemeinden tilgt (Altschuldenfond) und eine stärkere Übernahme der Sozialkosten durch den Bund. Das hätte vor allem Städte und Kreise mit relativ hoher Arbeitslosigkeit entlastet und ist eine zentrale Forderung der SGK.

4. Bildung

Versprochen: Bildungsoffensive in Deutschland, Aufhebung des Kooperationsverbotes und mehr Geld für Schulen und Hochschulen.

Was kommt: Der Bund darf nun den Bau von Schulen in allen Gemeinden unterstützen (vorher nur in finanzschwachen Kommunen), aber es werden keine zusätzlichen Mittel hierfür bereitgestellt. Hier ist der Vorbehalt, dass auch der Bundesrat mit 2/3 Mehrheit noch zustimmen muss. 500 Millionen jährlich für Ganztagschulen, eine leichte Erhöhung des BAföG und eine Verstetigung des Hochschulpaktes.

Was wäre notwendig gewesen: Komplette Streichung des Kooperationsverbotes und mehr Mittel um Schulneubauten/Schulsanierungen zu unterstützen. Wirkliche Ausstattung des Ganztagschulprogrammes, mehr finanzielle Mittel für die Grundausstattung der Hochschulen um Befristungen zu verhindern und Kontinuität zu gewährleisten.

5. Investitionen

Versprochen: „Vorfahrt“ für Investitionen!

Was kommt: Festhalten an der „schwarzen Null“ (trotz Niedrigzinsen). Lediglich Mehrausgaben von 0,3% pro Jahr gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dies unter dem Vorbehalt, dass die Steuereinnahmen nicht zurückgehen.

Was notwendig wäre: Allein auf kommunaler Ebene liegt der Investitionsstau laut Kreditanstalt für Wiederaufbau bei über 120 Milliarden Euro. Es bräuchte eine deutliche Entlastung der Kommunen, um den Investitionsstau zu bekämpfen. In jedem Koalitionsvertrag der Merkel-Kanzlerschaft stand der Ausbau der Internetversorgung. Passiert ist nichts und auch jetzt gibt es keine verbindlichen Regelungen. Ebenso notwendig wäre eine Abschaffung der Schuldenbremse da mit dieser ein Abbau der großen Investitionslücken kaum möglich ist.

7. Rente

Versprochen: Lebensstandardsichernde Rente und Schutz vor Altersarmut u.a. durch Solidarrente. Gesetzlich festgelegtes Rentenniveau von mindestens 48 % bis 2030.

Was kommt: Garantiertes Rentenniveau von 48% nur bis 2025. Statt Solidarrente gibt es eine Grundrente, die 10% über der Grundsicherung liegt. Allerdings erst nach einer Bedürftigkeitsprüfung durch das Sozialamt.

Was notwendig wäre: Ein Rentenniveau von mindestens (!) 50%. Auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete müssen ins selbe Rentensystem einzahlen. Atypische Beschäftigung muss bekämpft werden. Denn nur ein Normalarbeitsverhältnis garantiert auch eine auskömmliche Rente im Alter. Es gibt keine langfristige Planung, da nur bis zur nächsten Wahl gedacht wird.

8. Europa

Versprochen: Ein Kurswechsel in der Europapolitik.

Das kommt: Ein „weiter so“ und kein Kurswechsel. Das Thema Europa sollte einen besonderen Wert im Koalitionsvertrag erhalten - klar verbunden mit der Person Martin Schulz. Jetzt wo Martin weder Parteivorsitzende noch Außenminister sein soll, ist gar keine Garantie mehr da, dass die Europapolitik so hervorgehoben wird.

Das Außenministerium trägt nicht zu einem Kurswechsel in der Europapolitik bei. Die entschiedenen Verhandlungen in der heutigen Europapolitik werden nicht von den EU-Außenminister sondern von Regierungschefs geführt. Und schon in der Griechenlandkrise haben Merkel und die Union bewiesen, dass sie keine Befürworter von mehr Investitionen oder von einem sozialen Europa sind. Da müssen wir aus der bitteren Erfahrung lernen. Denn es standen schon die besten Absichten im *letzten* Koalitions-Vertrag (2013):

„Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss deshalb eine Priorität europäischer Politik sein. [...] Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt durchgesetzt wird.“ „Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umsetzen und zwar im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in der EU.“
(KoaV 2013)

Nur – diese guten Absichten wurden nie umgesetzt. Die Union hat die Einführung der Finanztransaktionssteuer blockiert. Ebenso hat die Union eine Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte blockiert. Und SPD-Ministerin Barley durfte auf Geheiß der Kanzlerin nicht mal zum EU-Sozialgipfel anreisen!

Wenn Olaf Scholz nun formuliert, man werde den EU-Nachbarn keine Vorschriften mehr machen, ist das nicht nur wage, sondern wäre nur die notwendige Rückkehr zu einer gleichberechtigten Partnerschaft der EU-Staaten.

Was notwendig wäre: Ein soziales Europa, eine Sozialunion. Eine Rettung des europäischen Projektes und Hoffnung für die „verlorene Generation“, die arbeits- und perspektivlose Jugend in Süd- und Osteuropa. Die Beendigung des Fiskalpakts als Verschärfung der Maastrichtkriterien und Grundlage für das Diktat der EU-Institutionen ist dafür eine Voraussetzung.

9. Rüstungspolitik/ NATO

Versprochen: Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz sprachen sich während des Wahlkampfes mehrmals deutlich gegen das Aufrüstungsziel der NATO aus, das vorsieht, dass 2 Prozent des BIP bis spätestens 2024 in die Verteidigung investiert werden müssen. In dem von dem SPD-Verteidigungsexperten Rainer Arnold im August 2017 vorgelegten Papier "**Leitgedanken einer sozialdemokratischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**", heißt es dazu, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben von derzeit 1,2 Prozent auf zwei Prozent käme einer Anhebung auf 70 Milliarden Euro gleich. "Deutschland wäre damit die größte Militärmacht Europas, weit vor den Atommächten Frankreich mit 55,7 Milliarden und England mit 48,3 Milliarden Euro."

Was kommt: Der **Koalitionsvertrag** zwischen Union und SPD birgt **schwerwiegende sicherheitspolitische Neuerungen:** „Deutschland wird verbindlich (...) dem **Zielkorridor der Vereinbarungen in der NATO** folgen“ und: „Wir wollen die vereinbarten NATO-Fähigkeitsziele erreichen und Fähigkeitslücken schließen.“ Die Friedenspartei SPD ist trotz vollmundiger Versprechen vor CDU/CSU eingeknickt und trägt das 2% Ziel der NATO mit. Die Vermischung von Rüstungs- und Entwicklungsausgaben (ODA-Quote), wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, birgt zudem erhebliche Aufrüstungs- und Militarisierungsgefahren und muss verhindert werden. Die Rüstungsexportkontrolle ist bisher völlig ineffektiv. Die Rüstungsexporte, auch in Krisen- und Konfliktländer, sind während der gesamten GroKo fortgesetzt und auch gesteigert worden. Es ist nicht erkennbar, dass hier wirksame neue Maßnahmen ergriffen würden. Stattdessen wird sogar den Rüstungskäufern, die Waffen für ihren Krieg gegen den Jemen bestellt haben, ein „Vertrauensschutz“ für bereits eingegangene Verträge garantiert.

Was hätte kommen müssen: Das Zwei Prozent Ziel der NATO setzt andere Akteure wie beispielsweise Russland unter Druck, ebenfalls aufzurüsten. Diese Politik, die dazu führt, Spannungen aufzubauen, muss durchbrochen werden mit Abrüstungsverhandlungen, Rüstungskontrolle und Mechanismen, die zur Transparenz im Militärbereich, wie z.B. Manöverbeobachtungen, beitragen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss gestärkt werden und nicht die NATO! Die SPD hätte hier einen dringend nötigen Kurswechsel vornehmen müssen, hat ihn aber klar verpasst und setzt in dem Bereich Militär auf ein „Weiter so“, das eine sehr gefährliche Rüstungsspirale in Gang setzen kann.

10. GroKo und Rechtsaußen

Versprochen: Erfolgreiche Politik in der GroKo gräbt der AfD das Wasser ab.

Was kommt: Jede Große Koalition schwächte die Unterstützung für die SPD deutlich, während die Kräfte Rechtsaußen immer stärker werden konnten.

Die AfD sitzt jetzt im Bundestag. Bei einer erneuten GroKo kann sie sich noch mehr als Oppositionsführer profilieren: nicht nur in Debatten und Ausschüssen, sondern auch medial in jeder Talkshow.

In den letzten Umfragen lag die AfD bei 15% - nur 2% hinter der SPD mit 17%. Jeder, der die GroKo befürwortet, nimmt billigend in Kauf, dass bei der nächsten Bundestagswahl die AfD höchstwahrscheinlich vor der SPD liegt.

Was kommen muss: Eine starke SPD Opposition inklusiver inhaltlicher Profilierung. Die SPD muss die soziale Alternative sein und darf Enttäuschte und Nichtwähler nicht der AfD überlassen.

11. Politisches Profil und Umverteilung

Versprochen: nichts

1998 bekam die SPD 40% und 20,5 Millionen Stimmen. 2017 waren es 20,5% - und 9,5 Millionen. Mit der Agenda 2010 und zwei großen Koalitionen hat die SPD die Hälfte ihre AnhängerInnenenschaft verloren. Die WählerInnen haben nicht die SPD verlassen. Die SPD hat sie verlassen. Viele führende SPD-PolitikerInnen behaupten, dass Problem sei, dass wir unsere Erfolge nicht gut genug verkaufen. Aber vielleicht waren die Erfolge viel zu bescheiden.

Vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahre kam beim Großteil der Bevölkerung nichts an. Viele Menschen spüren das und fühlen sich durch den Satz „Deutschland geht es gut“ verhöhnt. Für 16 der letzten 20 Jahre war die SPD Teil der Bundesregierung. Die Einkommensungleichheit ist in diesem Zeitraum auf das Niveau von 1913 zurückgefallen. Die Ungleichheit in Deutschland ist damit sogar größer als VOR dem ersten Weltkrieg! Mittlerweile besitzen die 45 reichsten Deutschen mehr als die 41 Millionen Ärmsten.

Das Land war noch nie so reich – aber die Reichtümer gehen fast alle zu den obersten 10%, während Millionen von Kindern in Armut aufwachsen. Das sind aktuell über 20% der Kinder in Deutschland.

Das wichtigste Thema der Sozialdemokratie ist „soziale Gerechtigkeit“. Dafür ist eine Umverteilung bei Vermögen und Einkommen notwendig. Umverteilung muss wieder Teil sozialdemokratischer Politik werden. Dazu gehört auch die Besteuerung von Millionenvermögen und eine starke Besteuerung großer Einkommen. Beides ist mit der Union nicht möglich.

Das alles ist nicht mehr hinnehmbar. In einer Großen Koalition kriegen wir nur ein „weiter so“, und immer mehr Ungleichheit – mit desaströsen Folgen für unsere Gesellschaft. Wir fordern eine entschiedene soziale Wende und dafür eine selbstbewusste Sozialdemokratie.

Falls ihr noch mehr wollt, auch andere Gruppen haben Analysen und Argumente zusammengetragen.

Analysen der SPD Linken (Forum Demokratische Linke):

<http://www.forum-dl21.de/nogroko-unsere-positionierungen-gegen-eine-erneute-grosse-koalition/>

Analyse des Jusos-Bundesvorstandes:

https://www.jusos.de/content/uploads/2017/12/koaV_synopse.pdf

Schreibt uns an presse@nogroko.de

<https://nogroko.de>

<https://spd-erneuerung.de>

<https://facebook.com/AufstandSPD>

<https://twitter.com/GroKoNeinDanke>

ViSdP: Lino Leudesdorff